

Input zur Initiative der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Politikfeld Digitalisierung und Nachhaltigkeit

Wir begrüßen das Engagement der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, das sich zuletzt auf der Konferenz „[Nachhaltig by design](#)“ am 10. März und im [Autor*innenpapier](#) zeigte. Wichtige Gestaltungsbereiche sowie die essenzielle Rolle der Politik für die Gestaltung der digitalen Zukunft wurden erkannt, etwa im Bereich der nachhaltigen Software. Insbesondere im Vergleich zu anderen Fraktionen ist diese Initiative beachtlich. Wir möchten zur weiteren Beschäftigung mit diesem wichtigen Zukunftsthema motivieren – auch auf europäischer Ebene. Gleichzeitig sollten soziale Nachhaltigkeitsaspekte und demokratische Werte in der Technikgestaltung stärker berücksichtigt und mit den von Ihnen auf der Konferenz angesprochenen ökologischen Aspekten verschränkt werden. Hierfür haben wir Kernpunkte und Verbesserungspotenziale zusammengefasst.

Wir ermutigen die Bundesfraktion Bündnis 90/Die Grünen dazu,

1. die Debatte um das Thema **digitale Suffizienz** zu erweitern. Neben vielerorts erwarteten Effizienzsteigerungen durch digitale Technologien ist fraglich, ob und in welchem Ausmaß Digitalisierung in einzelnen Anwendungsbereichen und Sektoren einem nachhaltigen Wandel dient. Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie soll strukturell wirksame Innovationen für eine sozial-ökologische Transformation ermöglichen anstatt nicht-nachhaltige Praktiken zu optimieren. Neben der Förderung von Green Coding und Green IT ist auch die Anwendungsebene im Sinne des Gemeinwohls zu gestalten.
2. die Gestaltung der Digitalisierung stärker als **gesamtgesellschaftliche Aufgabe** zu sehen. Momentan tragen Individuen persönliche ökonomische und informationelle Risiken, während große Organisationen die Vorteile für sich nutzen. Die Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme sowie die Stärkung von Verbraucher*innenrechten, etwa durch verpflichtend bereitgestellte Produktinformationen, sollten leichter einklagbar sein. Bürger*innen sollte es möglich sein, digitale Endgeräte und Software nachhaltig-by-default zu nutzen und selbstbestimmt über Nutzungszeiten, Wiederverwertungsmöglichkeiten und Reparaturen entscheiden zu können.
3. die Planung von Infrastrukturen in den **großen Zeitspannen** zu denken, über welche sie uns zukünftig begleiten werden. Hohen Unsicherheiten sollten mit dem Vorsorgeprinzip und anpassungsfähiger Ausgestaltung begegnet werden, um Lock-in-Risiken zu minimieren. Nachhaltige digitale Infrastrukturen und öffentliche Plattformen erfordern Investitionen in demokratische Governancestrukturen sowie den Einsatz von Freier Software / Open Source.
4. im digitalen Raum **Geschäftsmodelle für die Transformation** zu fördern. Diese setzen Prinzipien von Freier Software / Open Source und ganzheitlicher Kreislaufwirtschaft um, fördern nachhaltigen Konsum und stellen Transparenz über ihre Wirkung und Arbeitsweise her. Regulierungen für privacy-by-design und ein Verbot personalisierter Werbung können wichtige Weichen stellen und gleichzeitig Datenverkehr und Ressourcenverbrauch senken.

5. die ökonomische und politische **Macht großer Unternehmen in der Digitalbranche** deutlich einzudämmen. Kartellrechtliche Instrumente, die Stärkung von Verbraucher*innenrechten, Portabilität von Daten und Interoperabilität für Kern- und Nebendienstleistungen sowie eine niederschwellige und durchsetzungsfähige Beschwerdestelle sollten in Betracht gezogen werden.
6. sich für eine **global gerechte Digitalisierung** einzusetzen. Dazu gehören: regionale Selbstbestimmung und lokale Wertschöpfung als Leitprinzipien in der Entwicklungszusammenarbeit und Handelspolitik, eine Reformierung des Patent- sowie Urheberrechts, die Sicherung hoher sozialer und ökologischer Standards in Wertschöpfungsketten durch Sorgfaltspflichten sowie eine faire Daten-Governancestruktur. Die digitale Transformation kann keinen ungezügelter Rohstoffabbau auf Kosten von Menschen im globalen Süden legitimieren.
7. sich stärker von **gesicherten positiven Effekten** der Digitalisierung leiten zu lassen und sie ihren gesamtgesellschaftlichen Kosten gegenüberzustellen, anstatt sich auf häufig beschworene Einsparungspotenziale (z.B. für einzelne Sektoren) zu fokussieren. Insbesondere wegen einer oft mangelhafter Datenlage unterliegen solche Abschätzungen großen Unsicherheiten. Handlungsleitend können jedoch nur wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse sein, die auf hoher Datentransparenz aufbauen.
8. politische Arbeit aus bestehenden **Silos herauszuheben** und Digitalpolitik stärker auf Zukunftsfähigkeit auszurichten. Hierbei können Fachbereiche voneinander, von der lebendigen Zivilgesellschaft und von unabhängiger Forschung lernen, um gemeinsam auf eine nachhaltige Digitalisierung hinzuwirken. Die deutsche Digitalstrategie benötigt eine Neuauflage, in der demokratische Technikgestaltung, Ökologie und Klimaschutz, soziale und globale Gerechtigkeit, zukunftsfähiges Wirtschaften und digitale Suffizienz im Sinne des Gemeinwohls explizit adressiert werden.

[Bits & Bäume](#) ist ein Netzwerk aus 13 Organisationen aus Umweltschutz, Digitalpolitik, Entwicklungspolitik und Wissenschaft, das die Verbindung von Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Menschenrechten und Demokratie aktiv vorantreibt. Gemeinsam mit einem engagierten Kreis aus Ehrenamtlichen organisieren wir unter anderem die Bits & Bäume Konferenzen für Digitalisierung und Nachhaltigkeit, um Initiativen zu vernetzen und politische Debatten zu beleben. Unser wachsendes Bündnis vereint ein integratives Verständnis von Nachhaltigkeit sowie der Gestaltungswille für eine Zukunft, in der der digitale Wandel eine positive Rolle einnimmt und Mensch, Lebensgrundlagen und Umwelt unterstützt und schützt. Hierzu haben wir gemeinsame [politische Forderungen](#) entwickelt.